Rheinlandpfalz
MINISTERIUM FÜR BILDUNG

Ministerium für Bildung I Postfach 32 20 155022 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung
Herrn Guido Ernst, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17/7932
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon0613116-0
Telefax 06131 16-41 10
ministerinbuero@bm.rlp.de
www.bm.rlp.de

3. Feb. 2021

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
PuK		Ann-Kathrin Scheuermann	06131 164151
		Ann-Kathrin.Scheuermann@bm.rlp.de	06131 16174151

45. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 12. Januar 2021
hier: TOP 2: Forsa-Umfrage zu Gewalt gegen Lehrer

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß der Zusage in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 12. Januar 2021 übersende ich Ihnen anbei meinen Sprechvermerk.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefanie Hubig

Rede von Staatsministerin Dr. Hubig
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 12. Januar 2021

Vorlage 17/7248; Antrag der Fraktion der AfD nach§ 76. Abs. 2 GOLT
Betreff: „Forsa-Umfrage zu Gewalt gegen Lehrer"

Es gilt das gesprochene Wort

Ihr Antrag gibt mir Gelegenheit zu wiederholen, was ich auch zu anderer Zeit hier im Bildungsausschuss gesagt habe: Jede Gewalttat gegen Lehrkräfte ist eine zu viel. Es ist deshalb nicht gut, wenn nach der forsa-Studie 2020 mehr Schulleitungen als 2018 zurückmelden, dass es Fälle von psychischer und physischer Gewalt an ihren Schulen gegeben hat.

Die forsa-Studie wurde deutschlandweit durchgeführt, insgesamt wurden 1302. Lehrkräfte mittels Telefoninterviews im Januar und Februar 2020 befragt. In Rheinland-Pfalz waren es 114 Schulleitungen von allgemeinbildenden Schulen. Wie sich diese auf die Schularten verteilen, ist nicht bekannt.

Mit Ihrem Antrag haben Sie darum gebeten, die Ergebnisse der forsa-Studie für Rheinland-Pfalz vorzustellen. In der Veröffentlichung der rheinland-pfälzischen Ergebnisse werden drei Fragen ausgewertet:

Erstens wird die Meinungen der Schulleitungen zum Umgang mit dem Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte" erfragt. Danach sind 43 %der befragten Schulleitungen der Ansicht, dass mit dem Thema weitgehend offen umgegangen wird. Ein Drittel der Schulleitungen hält dies eher für ein Tabu-Thema und 24 % trauen sich in dieser Frage keine generelle Einschätzung zu.

Zweitens wird gefragt, ob es an der Schule in den letzten fünf Jahren Fälle gab, in denen Lehrkräfte direkt beschimpft, bedroht, beleidigt, gemobbt oder belästigt wurden. In Rheinland-Pfalz war dies an 55% der befragten Schulen der Fall. Fälle von Mobbing über das Internet gab es laut 32 % der von forsa befragten Schulleiterinnen und Schulleiter an ihrer Schule und 30 % der Schulleitungen konnte von Fällen körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte in den letzten fünf Jahren an der Schule berichten.

In der dritten Frage wird danach gefragt, ob es gelungen sei, die Kolleginnen und Kollegen in Fällen von Gewalt ausreichend zu unterstützen. Dies ist in Rheinland-Pfalz in 84 % der befragten Schulen gelungen oder teilweise gelungen. Nur in 3 % der Fälle waren die Schulleitungen der Meinung, dass dies gar nicht der Fall war.

Die Ergebnisse der Studie bestärken uns darin, nicht nachzulassen: sowohl in der Gewaltprävention als auch der nachsorgenden Unterstützung der Lehrkräfte.

Mit leichter Zuversicht habe ich wahrgenommen, dass es in den Schulen weniger als noch 2018 ein Tabu zu sein scheint, über Gewaltvorfälle zu sprechen. Trotzdem müssen wir an diesem Punkt weiterarbeiten.

Insofern ist es gut, dass die ADD im Februar 2020 die Handreichung „Lehrkräfte und Beschäftigte an Schulen als Opfer von Gewalt - Hinweise für Betroffene sowie Schulleiterinnen und Schulleiter zur zivil-, straf- und dienstrechtlichen Bearbeitung" herausgegeben hat, damit Lehrkräfte besser über Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten informiert sind. In dem Papier wird ausdrücklich dazu aufgefordert hat, die Unterstützung - auch die durch das Pädagogische Landesinstitut und das Institut für Lehrergesundheit - in Anspruch zu nehmen.

Es ist auch wichtig, dass wir uns ein eigenes Bild machen, weil wir mit den Zahlen der forsa-Studie nur begrenzt arbeiten können. Denn wir wissen nicht, in welchen Jahren die Vorfälle an welchen Schularten und in welcher Qualität vorgekommen sind. Das Lagebild, das die ADD über die der Schulbehörde gemeldeten Gewaltvorfälle, erhebt, hat Ihnen Herr Staatssekretär Beckmann in der Sitzung des Bildungsausschusses im Februar 2020 für das damals zurückliegende Jahr vorgestellt.

Die Schulen melden die Vorfälle, wenn sie sie für so bedeutsam halten, dass sie meinen, die Schulaufsicht sollte hierüber informiert sein, oder wenn sie Unterstützung durch die ADD benötigen. Für das Thema „Gewaltvorfälle gegen Lehrkräfte" wurden die Schulen auf Schulleiterdienstbesprechungen sensibilisiert. Eine allgemeine Meldepflicht besteht jedoch nicht.

Seit dem 1. Februar 2020 wurden der ADD 29 Gewaltvorfälle gemeldet, davon 9 Fälle physischer Gewalt, 11 Fälle von Drohungen, 4 Fälle von (Cyber-)Mobbing und 5 Fälle Beschimpfungen/Beleidigungen. Wie schon bei dem Bericht im Februar ist ein Schwerpunkt an Förderschulen zu sehen: 18 Vorkommnisse gab es an Förderschulen, sieben an Realschulen plus, drei an Grundschulen und einen am Gymnasium. In der Mehrzahl der Fälle wurden die Taten von Schülerinnen oder Schülern verübt, insgesamt kam dies 21 Mal vor. In den anderen Fällen waren die Täter Eltern oder Außenstehende.

Dies sind deutlich weniger Fälle als im Zeitraum zwischen März 2019 und Februar 2020, über den Herr Staatssekretär Beckmann im Bildungsausschuss am 6. Februar

2020 informiert hatte. Damals waren es 44 Vorkommnisse mit Gewaltbezug gewesen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Schulen zeitweise geschlossen waren.

Abschließend möchte ich noch einmal auf unsere Unterstützungsangebote hinweisen und die Gelegenheit heute nutzen, jede und jeden, der von Gewalt betroffen ist, zu ermuntern, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wir haben in Rheinland-Pfalz ein dichtes Netz, das unseren Lehrkräften Unterstützung anbietet. So haben wir bundesweit das einzige Institut für Lehrergesundheit. Wir haben mehr Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen geschaffen und die Mittel für Schulsozialarbeit deutlich aufgestockt und wir wollen diesen Weg perspektivisch weitergehen. In diesem Jahr können wir die Schulpsychologie nochmals um 3 Stellen aufstocken.

Die Unterstützung reicht von Informationen zu Rechten und Pflichten im Strafverfahren, Beratung zu und Formulierungshilfen für Strafanzeigen sowie Hinweisen auf weitere Unterstützungspartner seitens der ADD (z. B. Schadenregulierungsstelle der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, Unfallkasse, Individualberatung und Supervisionsgruppen bei den Schulpsychologischen Beratungszentren usw.) bis hin zur Gewährung zinsloser Rechtsschutzdarlehen aus besonderen Fürsorgegründen bei Schmerzensgeldansprüchen. Im Februar 2020 hat die ADD an alle Schulen die erwähnte Handreichung „Lehrkräfte und Beschäftigte an Schulen als Opfer von Gewalt - Hinweise für Befroffene sowie Schulleiterinnen und Schulleiter zur zivil-, straf- und dienstrechtlichen Bearbeitung" versandt.

Wichtig ist aber vor allem die präventive Arbeit: Rheinland-Pfalz stellt bereits seit 1994 Fördermittel für die Präventionsarbeit an Schulen zur Verfügung, u.a. für Programme, wie PROPP (Programm zur Primärprävention), PIT (Prävention im Team), ,,Mobbingfreie Schule" sowie „Ich und Du und Wir" und das Projekt „Schulische Lern- und Lebenswelten", die über das Pädagogische Landesinstitut angeboten werden. Viele Schulen haben Konzepte zu den Themenkomplexen „Gewaltfreie Schule", „Streitschlichtung", ,,Deeskalationstraining", ,,Verhalten in Krisensituationen" und „Amoklagen" etc. erarbeitet. Das Fortbildungsbudget für Angebote zur Prävention von Mobbing und Gewalt an Schulen wurde fast verdoppelt.

Außerdem spielt die Kooperation vor Ort eine wichtige Rolle: Oftmals können Probleme im Einzelfall unter Einbindung der Schulleitung, der Eltern, von Lehrkräften, von Sozialarbeitern und der Schülerinnen und Schüler sowie der Jugendhilfeeinrichtungen, ggf. auch der Polizei bewältigt werden. Schulen, Schulaufsicht, Schulpsychologie, Polizei und Jugendämter arbeiten in Rheinland-Pfalz in Kdsenfällen sehr eng zusammen.

Ich möchte die Gelegenheit heute noch einmal ausdrücklich nutzen und alle Lehrkräfte auffordern, die Unterstützungs- und Beratungsangebote des Pädagogischen Landesinstituts, der ADD und des Instituts für Lehrergesundheit zu nutzen.